



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 18.12.2018

Niederschrift

25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 14.12.2018

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Matthias Kreh

Stadtverordnete/r

Herr Dennis Alfonso Muñoz

Frau Jutta Burghardt

Herr Marvin Donig

Frau Pia Eckert-Graulich

Frau Marina Glorius

Herr Christian Gradl

Herr Martin Kleine

Frau Miriam Mohr

Herr Karlheinz Müller

Herr Dieter Ohl

Frau Peggy Yvonne Pittner

Herr Dr. Jens Zimmermann

Herr Michael Engels

Herr Heiko Handschuh

Frau Saskia Jungermann

Herr Norbert Knöll

Herr Dr. Jochen Ohl

Herr Alexander Pfau

Frau Anne Babion

Herr Ernst-Ludwig Döring

Herr Stefan Jost

Herr Hansgeorg Münch

Frau Helga Weber

Herr Francisco José Correia da Silva

Herr Siegfried Hartleif

Frau Kornelia Helbig

Herr Alexander Kreß

Ab 19:30 Uhr, TOP 4

Herr Klaus Scheuermann

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Erster Stadtrat Alois Macht

Magistrat

Herr Stadtrat Richard Fikar

Frau Stadträtin Renate Filip

Herr Stadtrat Karl-Heinz Jung

Herr Stadtrat Diethard Kerkau

Frau Stadträtin Ursula Münch

Herr Stadtrat Reinhold Ritter

Ab 19:24 Uhr, TOP 3

Ortsvorsteher

Herr Udo Kalbfleisch

Herr Karl-Heinz Prochaska

Schriftführerin

Frau Andrea Schickedanz

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Mathias Horn

Entschuldigt

Herr Oliver Schröbel

Entschuldigt

Herr Sven Blümlein

Entschuldigt

Frau Beate Pfeffermann

Entschuldigt

Frau Dana Krause

Entschuldigt

Frau Helga Berthold

Entschuldigt

Herr Dr. Fritz Roth

Entschuldigt

Frau Dr. Margarete Sauer

Entschuldigt

Magistrat

Herr Stadtrat Horst Engelhardt

Entschuldigt

Herr Stadtrat Dr. Reiner Hofmann

Beginn der Sitzung: 19:03 Uhr

Ende der Sitzung: 20:46 Uhr

Tagesordnung:

25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2018

Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrats
 - 2.1. Kurzmitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung
 - 2.2. Stand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2018
Vorlage: FB1/2973/2018
 - 2.3. 3. Budgetbericht 2018 für die Zeit vom 01.01.2018 bis 31.10.2018
Vorlage: FB2/0411/2018
 - 2.4. Festsetzungsbescheid Hessenkasse
Vorlage: FB2/0412/2018
3. Gebührensatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Groß-Umstadt
Neufassung zum 01.01.2019
Vorlage: FB3/0445/2018
4. Zukunft der Holzvermarktung und Waldbetreuung des Kommunalwaldes
Vorlage: FB5/1258/2018
5. Qualität des Grund- und Trinkwassers im Wasserschutzgebiet Umstadt-Süd – Monitoring, Änderung des Beschlusses üne/0008/2017 vom 11.05.2017
Vorlage: STW/0103/2018
6. ÖPNV-Konzeptes für das Bahnhofsgelände in Wiebelsbach
 - 6.1. ÖPNV-Konzeptes für das Bahnhofsgelände in Wiebelsbach; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0020/2018
 - 6.2. Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zum ÖPNV-Konzept für das Bahnhofsgelände in Wiebelsbach vom 14.12.2018
Vorlage: CDU/0016/2018
7. Fördermittel zur Planung der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Wiebelsbach; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0025/2018

8. Mitgliedschaft im Förderverein des Fritz-Bauer-Instituts; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0022/2018
9. Schaukästen
- 9.1. Schaukästen; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0023/2018
- 9.2. Ergänzungsantrag der BVG-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion "Schaukästen und digitale Info-Terminals"
Vorlage: BVG/0016/2018
10. Anregungen und Mitteilungen

Teil B

11. Magistratsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion vom 05.01.2015 bzgl. Änderung des Flächennutzungsplanes Sportgelände Raibacher Tal
Vorlage: FB1/2139/2016
12. Flächennutzungsplan "Raibacher Tal"
- 12.1. Antrag der FDP zur Änderung des Flächennutzungsplanes "Sportgelände Raibacher Tal" vom 25.04.2016
Vorlage: FDP/0001/2016
- 12.2. Antrag auf Überarbeitung und Ergänzung der Satzung über die Bebauung und Gestaltung der Innenstadt der Stadt Groß-Umstadt vom 29.11.1976/21.05.1979
Vorlage: BVG/0009/2017
13. Bienenweiden; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0021/2018
14. Verkehrsentwicklungsplan; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0024/2018
15. Schaffung von Wohnraum im alten Bettenhaus der Kreisklinik; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0026/2018
16. Stoffwindeln
- 16.1. Starterpaket Stoffwindel; Antrag der SPD-Fraktion vom 12.08.2018
Vorlage: SPD/0019/2018
- 16.2. Änderungsantrag der BVG-Fraktion zum Antrag der SPD "Stoffwindeln"
Vorlage: BVG/0015/2018

Stadtverordnetenvorsteher Kreh eröffnet die 25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Gegen das Protokoll der 24. Sitzung vom 08.11.2018 liegen keine Einwendungen vor.

Zur heutigen Tagesordnung wird von Bürgermeister Ruppert die angekündigte Vorlage zur „Ausübung des Vorkaufsrechts“ zurückgezogen.

Die Anträge „Windelcontainer“, „Bienenweiden“, „Verkehrsentwicklungsplan“ und „Schaffung von Wohnraum im alten Bettenhaus des Krankenhauses“ waren bereits vor der Sitzung durch die SPD-Fraktion zurückgestellt worden.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass er die Punkte 6 und 7 gemeinsam aufrufen wird.

Teil A

Zu TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Kreh berichtet, dass die Stadtteilbürgerversammlung in Kleestadt gut besucht war.

Für die Haushaltsklausuren regt er an, die angebotene Unterstützung durch den Bürgermeister und den Kämmerer für die Beratung in den Fraktionen in Anspruch zu nehmen.

Im Anschluss an die Sitzung lädt er zum gemeinsamen Jahresabschluss ein.

Zu TOP 2 Mitteilungen des Magistrats

Zu TOP 2.1 Kurzmitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung

Bürgermeister Ruppert

- berichtet über den zum Jahreswechsel anstehenden Systembetreiberwechsel bei der Abfuhr der Gelben Säcke von RESO auf RMG. Die Verteilstellen seien reduziert. Hier bestehe noch Redebedarf. Derzeit bestehen Probleme bei den aufgestellten Dosencontainern. Er bittet um Verständnis und um entsprechende Information durch die Mandatsträger, falls sie durch Bürger angesprochen werden;

- spricht die im Ausschuss für Stadtmarketing, Kultur und Sport durch die Vereine vorgestellten Wünsche und Forderungen zu den Trainingsplätzen an und bittet um Beratung und Meinungsbildung in den Fraktionen, damit im neuen Jahr bald mit der Beratung in den Gremien begonnen werden könne;
- berichtet über Verzögerung beim Baufortschritt am Krankenhaus und die dadurch aufgekommene Diskussion in Bezug auf die Verkehrsführung. Es wurde bis dato für die Beibehaltung der Regelung entschieden, da ein ständiger Wechsel nicht zielführend und auch die Parkplatzsituation durch die Einbahnstraßenregelung entspannter sei;
- teilt mit, dass der Lager-Bauwagen des Waldkindergartens abgebrannt sei. Ein Ersatz werde derzeit geklärt. Die Verwaltung hätte bereits Unterstützungsangebote bekommen. Es stehe derzeit die Waldarbeiterhütte als Ausweichmöglichkeit zur Verfügung.
- bittet weiterhin um Beratung und Meinungsbildung in den Fraktionen zum Thema Kindergartenerweiterungen. Hierzu wurde bereits die geplante Erweiterung in Kleestadt vorgestellt und auch über die Situation in Wiebelsbach berichtet. Auch hier soll die Beratung Anfang des Jahres beginnen.
- berichtet, dass zum Thema Radweg Raibach seitens Hessenmobil, entgegen anderslautender Infos, noch nicht abgeschlossen sei. Für den Bereich des Geländeankaufs habe er Unterstützung der Stadt zugesagt. Hier gibt es aber wohl noch ein Problem mit Zuständigkeiten;
- teilt mit, dass der Jahresabschluss 2017 am Montag im Magistrat festgestellt werden soll. Er verweist in dem Kontext auf die bekannten Schwierigkeiten mit dem letzten Abschluss der Stadtwerke;
- berichtet über das errichtete Trafohäuschen für die Trinkwasseraufbereitungsanlage;
- berichtet, dass es im Bereich des Ordnungsamtes zum 01.01.2019 eine personelle Veränderung geben wird. Herr Uwe Schmidt wird die Nachfolge von Frau Claar antreten;
- teilt mit, dass bis Ende Januar die Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform mit den neuen Bezeichnungen vorgesehen ist;
- verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen 2.2 – 2.4.

**Zu TOP 2.2 Stand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung am
14.12.2018
Vorlage: FB1/2973/2018**

Inhalt der Mitteilung

Beigefügt erhalten Sie den Stand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum 14.12.2018 zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 2.3 3. Budgetbericht 2018 für die Zeit vom 01.01.2018 bis
31.10.2018
Vorlage: FB2/0411/2018**

Inhalt der Mitteilung

Mit dieser Mitteilung erhalten Sie den Budgetbericht für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.10.2018 zur Kenntnisnahme.

Gem. § 28 Abs. 1 GemHVO ist die Stadtverordnetenversammlung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten.

Dieser Bericht enthält neben den derzeitigen Ergebnissen eine Liste der übertragenen Ermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2017.

Zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 2.4 Festsetzungsbescheid Hessenkasse
Vorlage: FB2/0412/2018**

Inhalt der Mitteilung

Wir haben am 27.08.18 die Teilnahme an der Hessenkasse beantragt und am 29.08.18 in der Stadtverordnetenversammlung darüber informiert.

Erwartungsgemäß kam am 11.10.18 der Festsetzungsbescheid. Es wird ein Investitionszuschuss in Höhe von 4.685.742 € gewährt. Zusätzlich ist ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 520.638,- € zu erbringen.

Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt 5.206.380,- €.

Der Zuschuss ist bewilligt von 2019-2024, welcher seitens der Verwaltung gleichmäßig auf die Jahre verteilt wurde.

Der Zuschuss wird sowohl für Tilgungszahlungen, als auch zur anteiligen Deckung bereits geplanter Vorhaben verwendet.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 3 **Gebührensatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Groß-Umstadt**
Neufassung zum 01.01.2019
Vorlage: FB3/0445/2018

Beschluss:

Die Stadt Groß-Umstadt erlässt folgende im Entwurf als Anlage 1 beigefügte

Gebührensatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Groß-Umstadt

Abstimmungsergebnis:

28 Jastimmen

Zu TOP 4 **Zukunft der Holzvermarktung und Waldbetreuung des Kommunalwaldes**
Vorlage: FB5/1258/2018

Bürgermeister Ruppert erläutert den Beschlussvorschlag und teilt mit, dass die Satzung voraussichtlich in der 2. Sitzung des Jahres 2019 zur Beratung und Beschlussfassung vorliegen soll. Es ist zeitlich zu berücksichtigen, dass nach Beschluss noch Personalakquise erfolgen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

- 1.) Durch kartellrechtliche Entscheidungen ist es dem bisherigen Dienstleister HESSEN FORST ab 01.01.2019 nicht mehr erlaubt, Holz aus kommunalen Forstbetrieben zu vermarkten, die Kommunen sind gezwungen, eigene Strukturen aufzubauen.
- 2.) Für die Lösung dieser neuen Aufgabe und die sachgerechte Betreuung der großen kommunalen Forstbetriebe der Region, sowie den wirtschaftlichen Erfolg **ist** von größter Bedeutung, dass eine ausreichend hohe Festmeteranzahl (>100.000fm) p.a. zu vermarktendes Holz gebündelt wird und in enger, vertrauensvoller und zielgerichteter interkommunaler Zusammenarbeit Synergien zwingend herbeigeführt werden.
Daher spricht sich die Stadtverordnetenversammlung dafür aus, zur Sicherstellung der Holzvermarktung und Schaffung von Betreuungsoptionen für die

Kommunen des Landkreis Darmstadt-Dieburg und anderer beitrittswilliger Kommunen eine eigene gemeinsame Organisation zu errichten.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

3.) Gründung und Beteiligung an einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR):

Die Stadt Groß-Umstadt organisiert sich zur Bündelung der kommunalen Holzvermarktung mit weiteren beitrittswilligen Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg und weiteren Kommunen (Darmstadt, Kommunen des Landkreises Offenbach) in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) mit dem Ziel, eine Holzmenge von mind. 100.000 Festmetern (fm) p.a. zu bündeln und mit dieser Menge und eigener Organisation als relevanter Marktpartner auftreten zu können.

Die Stadt Groß-Umstadt beteiligt sich an der AöR auf Basis der Anzahl der beitrittswilligen Kommunen den Landkreisen Darmstadt-Dieburg und Offenbach und der Stadt Darmstadt auf Grundlage des als Anlage beigefügten Satzungsentwurfs der AöR „Forst- und Holzkontor Rheingau Taunus“. Dieser ist auf die hiesige Region zu adaptieren.

Nach erfolgter Beschlussfassung in allen Parlamenten und dem damit bekannten Feststehen welche Kommunen sich beteiligen, wird die Gründung der AöR durch Satzungsbeschluss endgültig vorbereitend festgestellt.

4.) Fördermöglichkeiten sind zu eruieren und auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis:

28 Jastimmen
1 Enthaltung (FDP)

Zu TOP 5 **Qualität des Grund- und Trinkwassers im Wasserschutzgebiet Umstadt-Süd – Monitoring, Änderung des Beschlusses ü-
ne/0008/2017 vom 11.05.2017
Vorlage: STW/0103/2018**

Beschluss:

Folgende Änderungen zum Beschluss üne/008/2017 werden beschlossen:

1. Der Magistrat berichtet dem Ausschuss für Energie, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaft und Forsten jährlich über die Qualität des Rohwassers (vor der Aufbereitung zu Trinkwasser) der 5 Brunnen im Wasserschutzgebiet Umstadt-Süd, aus denen rund die Hälfte des Groß-Umstädter Trinkwassers gefördert und im Wesentlichen der Stadtteil Umstadt versorgt wird.

In die Berichte sind Nitrat, Uran und die PBSM-Anteile (Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel) mit einzubeziehen.

Zudem ist eine Zeitreihe der verfügbaren Nitratmesswerte von 1990 an für die 5 Brunnen und die Grundwassermessstellen um die Brunnen herum beizufügen. Ab dem Jahr 2018 sind noch zusätzlich die Uranwerte der 5 Brunnen zu untersuchen und in den Bericht mit einzubeziehen.

Die Berichte der Stadtwerke und der AGGL sind regelmäßig jährlich, beginnend im November 2017 zum 1. August vorzulegen. Die jährlichen Berichte setzen sich aus den Rohwasseruntersuchungen des Vorjahres der Stadtwerke und den Frühjahrsuntersuchungen des Folgejahres der AGGL zusammen.

2. Im Hinblick auf die Ursachen für die hohe Nitratbelastung des Rohwassers nahe bzw. über dem Grenzwert für Trinkwasser veranlasst der Magistrat – unter Wahrung des Datenschutzes – eine Auswertung der schlagweise vorliegenden Herbst-/Frühjahrs-Nitrat-Bodenuntersuchungen (Nmin) im Wasserschutzgebiet, die regelmäßig von der Arbeitsgemeinschaft Gewässerschutz und Landwirtschaft, welche diese Untersuchungen auf der Grundlage des Kooperationsvertrages (§ 6 Abs. 1 in Verbindung mit § 5 Abs. 1) im Auftrag der Stadtwerke regelmäßig durchführt beprobt werden.

Die Auswertung soll folgende Daten umfassen:

- Anzahl und Zeitpunkt der Bodenuntersuchungen für die Rest-Nmin- Bestimmung im Herbst
- die Mittelwerte Herbst/Frühjahr in den 3 Beprobungstiefen (0-30, 30-60, 60-90 cm) der Dauerbeobachtungsflächen mit deren Standardabweichung,
- die Zahl der Nmin-Herbstwerte und die betroffene Fläche, bei denen die Grenzwerte im §5 des Kooperationsvertrages überschritten werden, sowie
- die Zahl der Untersuchungen und die betroffene Fläche der Dauerbeobachtungsflächen in ha, bei denen die Differenz aus der Summe der Nmin-Werte/ha in den 3 Beprobungstiefen im Herbst und dem entsprechenden Wert im folgenden Frühjahr 10 bzw. 20 kg Nmin/ha überschreitet.

Die Auswertung soll erstmals für die Daten Herbst/Frühjahr 2013/14, 2014/15 und 2015/16 erfolgen und dem Ausschuss für Energie, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaft und Forsten bis zum 01.08.2017 vorgelegt werden. Sie soll anschließend jährlich fortgeschrieben und jeweils bis zum 01.08. vorgelegt werden.

Das Hessische Landesamt für Naturschutz Umwelt und Geologie (HLNUG) soll vom Magistrat anhand dieser Auswertungen um eine Stellungnahme gebeten werden,

- (a) wie die hohen Nitratwerte und deren Anstieg erklärt werden können und
- (b) ob und ggf. bis wann die Maßnahmen des Otzbergprogramms eine nachhaltige Verringerung des Nitratreintrags in den Grundwasserkörper erwarten lassen.

Abstimmungsergebnis:

22 Jastimmen

7 Neinstimmen (CDU, FDP)

Zu TOP 6 ÖPNV-Konzeptes für das Bahnhofsgelände in Wiebelsbach

Die TOP 6.1 und 6.2 wurden gemeinsam aufgerufen.

Nach erfolgter Aussprache wurde zunächst über den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion mit dem Wortlaut

„Mit etwaigen Planungen für ein Nutzungskonzept seitens der Stadt Groß-Umstadt wird erst begonnen, sobald ein rechtswirksamer Kaufvertrag vorliegt.“

Abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

11 Jastimmen

18 Neinstimmen (SPD, Grüne, FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu TOP 6.1 ÖPNV-Konzeptes für das Bahnhofsgelände in Wiebelsbach; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018 Vorlage: SPD/0020/2018

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt mit dem Landkreis und dem RMV Vorgespräche über die Erstellung eines Nutzungskonzeptes mit besonderer Beachtung von ÖPNV, Parkflächen, Fahrradabstellflächen und dergleichen für das Bahnhofsgelände in Wiebelsbach zu führen.

Abstimmungsergebnis:

22 Jastimmen

6 Neinstimmen(CDU)

1 Enthaltung (BVG)

Zu TOP 6.2 Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zum ÖPNV-Konzept für das Bahnhofsgelände in Wiebelsbach vom 14.12.2018 Vorlage: CDU/0016/2018

Siehe TOP 6

Zu TOP 7

**Fördermittel zur Planung der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Wiebelsbach; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0025/2018**

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Höhe die Stadt Fördermittel zur Planung der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Wiebelsbach als P+R Anlage über das ÖPNV-Förderprogramm erhalten kann.

Abstimmungsergebnis:

23 Jastimmen
6 Neinstimmen (CDU)

Zu TOP 8

**Mitgliedschaft im Förderverein des Fritz-Bauer-Instituts; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018
Vorlage: SPD/0022/2018**

Stadtverordneter Handschuh weist daraufhin, dass es sich bei dem genannten Betrag um einen Mindestbeitrag handelt, der durch den Vorstand des Instituts festgelegt wird.

Sollte es hier zu großen Abweichungen kommen, müsste das Gremium informiert werden.

Zu der von Herrn Stadtverordnetem Scheuermann vorgeschlagenen Würdigung des bereits verstorbenen Bürgers „Fritz Vogel“ regt er an, an der nach ihm benannten Straße ein Zusatzschild anzubringen, auf dem die Verdienste ersichtlich sind. Dies wird vom Stadtverordnetenvorsteher Kreh unterstützt.

Stadtverordneter Muñoz schlägt einen gemeinsamen Parteienantrag vor, um dies für alle nach Persönlichkeiten benannten Straßen umzusetzen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Mitgliedschaft der Stadt Groß-Umstadt im Förderverein des Fritz-Bauer-Instituts zu beantragen. Der jährliche Mindestbeitrag beträgt 60 Euro.

Abstimmungsergebnis:

29 Jastimmen

Zu TOP 9 Schaukästen

Die TOP 9.1 und 9.2. werden gemeinsam aufgerufen.

Nach erfolgter Aussprache wird zunächst der Ergänzungsantrag der BVG-Fraktion mit dem Wortlaut

*„Einer Standortsuche für Schaukästen und digitale Infotafeln sollte eine fundierte Ermittlung des Informationsbedarfs vorgeschaltet werden.
Der Magistrat wird daher beauftragt*

- *bei allen Groß-Umstädter Vereinen abzufragen, welche Arten und Umfang von Informationen einer besseren Verbreitung bedürfen,*
- *abzuwägen, welche Informationsform dies am effektivsten leisten kann – auch unter Kosten-/Nutzenaspekten,*
- *zu prüfen, ob es gegebenenfalls zielgerichteter wäre, einzelne Vereine bei der Anschaffung eines der genannten Informationsmedien mit einem Anschaffungszuschuss zu unterstützen*
- *zu prüfen, ob und in wieweit eine in den Internetauftritt der Stadt Groß-Umstadt integrierte Seite hier unterstützend wirken könnte. Voraussetzung wäre hierbei, dass man von der Homepage der Stadt mit einem Klick, direkt auf diese Seite gelangen kann.*

abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

11 Jastimmen

18 Neinstimmen (SPD, Grüne, FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu TOP 9.1 Schaukästen; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2018 Vorlage: SPD/0023/2018

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche Standorte sich zur Errichtung von Schaukästen bzw. zur Errichtung von digitalen Info-Terminals eignen. Maßgebliches Kriterium für die Standorte ist, dass dort erhöhter Publikumsverkehr stattfindet.

Abstimmungsergebnis:

24 Jastimmen

5 Neinstimmen (BVG)

**Zu TOP 9.2 Ergänzungsantrag der BVG-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion "Schaukästen und digitale Info-Terminals"
Vorlage: BVG/0016/2018**

Siehe TOP 9

Zu TOP 10 Anregungen und Mitteilungen

Stadtverordneter Münch

- fragt erneut nach, wann die Öffnung der öffentlichen Toilette am Pfälzer Schloss erfolge und weist in diesen Zusammenhang darauf hin, dass während des Adventsmarktes die Toilette am Rathaus geöffnet werden sollte, da auch kein Toilettenwagen aufgestellt sei.
Bürgermeister Ruppert teilt hierzu mit, dass es bei der Toilette am Pfälzer Schloss durch die technische Abnahme Verzögerungen gegeben habe. Den Hinweis zur Öffnung der Toilette am Rathaus gibt er weiter. Weiterhin könnten die Toiletten der Gastronomie genutzt werden.

Stadtverordneter Scheuermann

- kommentiert aus Anlass eines Presseartikels einer anderen Kommune erneut das Thema Eigenkapitalverzinsung bei der Gebührenkalkulation der Wassergebühren.
Bürgermeister Ruppert weist daraufhin, dass es wahrscheinlich um das Thema Anlagenkapitalverzinsung in der Gebührenrechnung geht und dies bereits mehrmals diskutiert und durch den Kämmerer erläutert wurde.

Stadtverordneter Correia da Silva

- hält es für wichtig, sich bei den Redebeiträgen, mit mehr Achtung und Respekt zu begegnen.

Zum Abschluss bedankt sich Bürgermeister Ruppert für die gute Zusammenarbeit mit dem Magistrat und wünscht allen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Stadtverordnetenvorsteher Kreh bedankt sich ebenfalls und schließt die Sitzung um 20:46 Uhr.

Matthias Kreh
Stadtverordnetenvorsteher

Andrea Schickedanz
Schriftführerin